

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werkthätige Volk**

Redaktion: Stadt, Staatstr. 2, Dresden.
Verlag: Raben & Comp., Dresden.
Druckerei: H. G. B. Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Abbruch von Einlagen...
Abrechnung mit der...
Schriftleitung:...
Kaufpreis:...

69

Dresden, Montag, den 23. März 1931

42. Jahrgang

Der Weg zu Baneneuropa

Deutsch-österreichische Wirtschaftsverständigung

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Auf das Risiko, das die Zollmassenstillstandsbestrebungen einigen Tagen in Genf erlebt haben, folgt die Nachricht vom Abschluss der handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich. Ebenso wichtig wie der Abschluss ist die Art, wie ihn die beiden Regierungen hinstellt. Es wird eindeutig gesagt, dass die Bestrebungen, die in dem neuen deutsch-österreichischen Vertrag Ausdruck finden, nicht auf die beiden Länder beschränkt sein sollen. Der Weg von Berlin wird ausdrücklich offengehalten. Die Regierungen Deutschlands und Oesterreichs bekennen sich damit handelspolitisch zu der Politik der offenen Tür.

Die Besprechungen zwischen Deutschland und Oesterreich durch den Besuch des deutschen Außenministers Brüning in Wien sind weit gefördert worden. Die anschließenden Beratungen, die in Berlin und Wien abgehalten wurden, die Übereinstimmung über das gemeinsame Vorgehen auf diesem Gebiet festzustellen.

Die in dem deutschen Kommuniqué mitgeteilt wird, dass sich beide Regierungen darüber klar, dass mit den bisherigen Methoden der Handelspolitik der Versuch einer europäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet nicht verwirklicht werden konnte. Es mühten sich neue gefunden werden. Schon während der Separation in Genf hat der österreichische Botschafter über die Überzeugung Ausdruck gegeben, dass die Organisierung der europäischen Wirtschaft mit nationalen Verständigungen beginnen müsse. Erfolg dieses Gedankens haben die beiden Regierungen beschlossen, in dieser Richtung einen praktischen Versuch zu machen und auf Grund bestimmter, vereinbarter Punkte in Verhandlungen über einen Vertrag zur Regelung der Zoll- und handelspolitischen Verhältnisse ihrer einzutreten. Dabei sind sich die beiden Regierungen einig geworden, dass sie auch mit jedem anderen Staat auf dessen Wunsch in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung eintreten wollen.

Die für den deutsch-österreichischen Vertrag vereinbarten Richtlinien lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Deutschland und Oesterreich schließen sich für den Verkehr zwischen ihren Ländern und für ihren Verkehr mit dritten Staaten zu einer Zollunion zusammen. Diese Zollunion soll nach einem neuen System sein, das von den für Zollunionen sonst üblichen Normen erheblich abweicht. Die Unabhängigkeit beider Länder bleibt unberührt. Sie werden einen gemeinsamen Zolltarif und ein übereinstimmendes Zollgesetz einführen, die künftig nur auf Grund einer Vereinbarung zwischen ihnen abgeändert werden können. Im Verkehr zwischen den beiden Ländern sollen keine Zölle und Ausfuhrzölle erhoben werden; werden sich die beiden Regierungen darüber verständigen, für welche einzelnen Waren sich einstweilen noch Zölle als erforderlich erweisen. Die Zollverhältnisse jedes der beiden Länder bleibt völlig selbständig. In ihnen vereinbarten Zölle werden nach einem nach den beiden Verteilungsschlüsseln verrechnet. Jede der Regierungen soll das Recht behalten, für sich mit

dritten Staaten Handelsverträge abzuschließen, doch muss hierbei Rücksicht darauf genommen werden, dass diese Verträge nicht in Widerspruch mit dem abzuschließenden deutsch-österreichischen Verträge stehen. Auch soll bei solchen Verhandlungen mit Dritten möglichst gemeinsam vorgegangen werden.

Zum Zwecke der reibungslosen Durchführung des Vertrages soll ein paritätisch zusammengesetzter Schiedsaussschuss gebildet werden, der die Aufgabe hat, strittige Auslegungssachen zu entscheiden und auch sonstige bei der Durchführung des Vertrages etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Teilen zu bereinigen. Der Vertrag soll während der Dauer der ersten drei Jahre unauflöslich sein, von da an aber von jedem Teil unter Zustimmung seiner gesetzgebenden Körperschaften mit einjähriger Frist gekündigt werden können.

Ein erster Schritt?

Das jetzt abgeschlossene Abkommen ist nur ein Vorvertrag. Mancherlei Arbeit wird noch zu leisten, mancherlei Widerstände werden zu überwinden sein, ehe der Plan einer Zollunion zwischen den beiden Ländern durchgeführt sein wird. Insbesondere ist die Frage, welche Widerstände die übrigen Staaten dem Plan entgegenlegen werden, noch ungeklärt. Gelänge es aber wirklich, eine Zollunion zwischen den beiden Ländern zu schaffen, so wäre das vielleicht der erste Schritt auf dem Wege zu einer Zollunion in Europa oder zunächst wenigstens in Mitteleuropa. Soll doch anderen Ländern die Möglichkeit offen gehalten werden, dieser Zollunion beizutreten. Zum Deutschen Zollverein, dem handelspolitischen Vorläufer des Deutschen Reiches, wurde der erste Schritt damit getan, dass Preußen im

Jahre 1819 die Zollverwaltung für einen Teil von Schwarzburg-Sondershausen übernahm.

Ueber die Notwendigkeit der Schaffung größerer einheitlicher Wirtschaftsgebiete in Europa und, wenn möglich, eines handelspolitischen Baneneuropas ist schon sehr viel geschrieben worden, aber das hat nicht verhindern können, dass gerade in den letzten Jahren die Zollmauern zwischen den Ländern nicht abgebaut, sondern eher erhöht wurden. Gerade jetzt scheinen die handelspolitischen Bestrebungen allenthalben nur zu auf uns Kraut, und der Versuch, wenigstens vorübergehend dem Zollwettbewerb einen Riegel vorzuschieben, ist gescheitert. Das Genfer Abkommen über einen Zollmassenstillstand kommt vorläufig nicht zustande.

Durch den Friedensvertrag ist die Kleinmächerei in Europa um ein Bedeutendes schlimmer geworden. Man mag vom alten Oesterreich sagen, was man will, innerlich hatte es das gute, dass es ein wirtschaftlich vielfeitiges Gebiet sozialpolitisch zusammenfasste. An die Stelle dieses Oesterreichs sind nun drei Nachfolgestaaten getreten, und wer einmal aus Deutschland an die Adria reist, bekommt die Zerstückung Osteuropas empfindlich zu fühlen. Alle paar Stunden erscheinen neue Beamte, die wieder einmal eine Bes- und eine Zollrevision vornehmen. Dabei zeigt sich immer mehr, dass die sozialpolitische Zerrissenheit Europas zu der Wirtschaftsentwicklung in ebenso argem Widerspruch steht wie einst die Zerstückung in eine große Anzahl kleine und kleiner Zollgebiete in dem Deutschland vom Anfang des 19. Jahrhunderts.

In einer Zeit, in der Flugzeuge in wenigen Stunden ganze Kontinente durchfliegen können, ist es unfinnig, dass alle paar hundert Kilometer anders uniformierte Zollwächter daselben, die für ihr Land Tribute von den Waren erheben. Bei dem jetzigen Zustand besteht die Gefahr, dass die

Die hohen Löhne sind schuld

Auch eine Handwerkerkündgebung

nl. Eine „Not- und Werbekündgebung des sächsischen Handwerks“, einberufen vom Landesausschuss des sächsischen Handwerks, von der Gewerkschaft und vom Innungsausschuss Dresden, wurde gestern vormittag im Vereinshaus abgehalten. Der Saal war überfüllt. Nicht mehr und nicht weniger als sechs Redner wollten in 2 1/2 Stunden ihre Weisheit loswerden — kein Wunder, dass ein reiches Oberflächengerede herauskam. Nur der Reichskommissar für Handwerk und Kleinindustrie, Dr. Hoppe, der nach den begründeten Worten des Ministerpräsidenten Schiele aufs Rednerpult stieg, versuchte, welt- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge anzudeuten. Es sollte ihm schlecht bekommen. Schon zu Beginn seiner Rede — er weiß auf die Weltwirtschaftskrise hin, auf die Kürzung in China und in Indien, auf den Verlust wichtiger europäischer Absatzmärkte — erhebt sich bedrohliches Murmeln.

Die biedern Handwerker sind in heißen Sausen hierher gekommen, um über ihre eigene Not etwas zu hören, über die schlechten Menschen, die keine Bestellungen aufgeben, gegen Steuern und Achtstundentag. Sie haben nie gelernt, über Innungsfragen hinauszudenken. Und da schwören auch schon erregte Zwischenrufe durch den Raum: „Was hat das mit dem Handwerk zu tun?“ — „Abtreten!“ — „holt ihn runter!“ den Reichskommissar nämlich. Mit Würde kann der Redner, den die Natur ohnehin mit einer schwachen Stimme begabt hat, seine Ansprache zu Ende bringen. Ein paar höfliche Deute versuchen Verfall zu klatschen, die meisten aber sind in heller Wut begriffen, und wenn der nächste Redner ihnen nicht besser behagte, flüge am Ende die ganze „von einem einzigen Willen getragene“ Kundgebung auf.

Der nun seine Stimme erhebt, kennt die Kräfteverhältnisse weit besser, dafür gehört er schließlich der Wirtschaftspartei an. Staatsminister unheiligen Angebens, Dr. Jung, ehrenhalber Weber befähigt seinen Hörern zunächst, dass sie ein stilles Helldemut tragen, „wie es wahrscheinlich nur wenige Volksgenossen in dieser Notzeit auf sich nehmen...“ Nun wehrt zwar jeder, dass ein Teil des Handwerks bitter schwer

zu kämpfen hat, doch glaubt Herr Weber wohl selbst nicht, den Arbeitern gebe es einen Deut besser. Nein, er glaubt's lieber nicht, aber er sagt's, wie er überhaupt alles das sagt, was sein Publikum hören möchte. Das Handwerk müsse, so meint er, von den strengen Tarifregeln und von der „Arbeitszeitbindung“ befreit werden. Das heißt mit andern Worten: Lehrlinge und Gesellen sollen wieder 10 bis 12 Stunden arbeiten, mag auch die Arbeitslosigkeit weiter wachsen; die Löhne sollen sich unter's Existenzminimum senken werden, mag auch die Kaufkraft noch so sehr abnehmen. Die Wirtschaftspartei geht eben ihre eigenen Abwege, denen kein vernünftiger Mensch folgen kann. Der Saal aber biegt sich unter dem Verfall derer, die andere Not zwar beten, nicht aber denken lehrt.

Stadtkassier Dr. Kunze, der Referent Nr. 5, überbietet seinen Vorredner beinahe noch an Kürzlichkeit, und dazu gehört schon was. Wenn man ihm glauben darf — o dürfte man's —, leben wir schon mitten in einer sozialistischen Gesellschaft. Regiebetriebe — Sozialismus, schreibt entsetzt Herr Kunze; gemeinnützige Pensionskassen — kalte Sozialisierung, entrüstet er sich; Wohnbau- und Gemeindeförderung — Sozialismus, tobt er. Blamierbarkeit — wehe! Für den Abbau der Preise ist Kunze allerdings zu haben, sofern „vor allem erst mal die Löhne niedriger gehalten werden“. Fort mit dem Achtstundentag, fort mit den Tarifen!

Der Entrüstungsturm, der den ersten Redner beinahe von der Tribüne geweht hätte, ist längst verweht. Und doch war Dr. Hoppe der einzige, der wenigstens versucht, den Ursachen der Not nachzuspüren. Es ist die Traut des niedergelassenen Handwerks, dass die Gut der Reparaturen sich fast nur gegen die Masse richtet, der sie selbst bereits anzuheben, gegen das Proletariat. Weder die zunehmende Mechanisierung noch die kapitalistische Anarchie und Wirtschaftslähmung die Kleinmeister, aber gegen die „hohen Löhne“ laufen sie Sturm. Mittelalterlicher Junker im Zeitalter des Raketenfluges — kein Wunder, dass bei aller Demagogie ihrer Führer die Wirtschaftsparteiler zu denen gehören, die nicht alle werden.

Wunderes Zugunglück in England

Bisher 6 Tote
London, 22. März.
Der Expresszug, der am Sonntagmorgen von London nach...
... Zugabzug verunglückt. Die Lokomotive entgleiste...
... der Einfahrt in den Bahnhof. Vier Wagen...
... umgeworfen, während zwölf weitere aus den...
... gebrochen wurden. Nach den bisherigen Nachrichten wurden...
... Personen, unter ihnen der Lokomotivführer, der...
... ein Koch, getötet. Die Eisenbahnlinie ist in beiden...
... durch die Trümmerhaufen versperrt. Hilfszüge aus ver...
... Orten eilen sofort an die Unfallstelle. Die Bergung...
... noch an. Die Zahl der Verletzten kann vorläufig...
... festgestellt werden. Der Zug war sehr gut besetzt.